

Klimaschutz effizient und wirksam gestalten

Klimaschutz bleibt für die deutsche Wirtschaft ein zentrales Anliegen. Die Unternehmen bekennen sich klar zur Klimaneutralität und treiben sie mit viel Eigeninitiative voran. 90 Prozent haben laut IHK-Energiewende-Barometer 2025 ein betriebliches Klimaneutralitätsziel bis 2045 und viele Betriebe verknüpfen damit konkrete Geschäftschancen für ihre Produkte und Dienstleistungen, auch im Export.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass der bisher eingeschlagene Weg nicht ausreicht, um das Ziel zu erreichen, und wirtschaftlich kaum tragfähig ist. Viele Betriebe geraten angesichts hoher Kosten, langer Verfahren, Unklarheiten bei der Entwicklung neuer Infrastrukturen und international ungleicher Rahmenbedingungen an ihre Belastungsgrenzen, mit wachsender Sorge um Wettbewerbsfähigkeit und Akzeptanz, wie auch das IHK-Energiewende-Barometer zeigt.

Vor diesem Hintergrund legt die DIHK Vorschläge vor, die Klimaschutz wirksamer, schneller und effizienter machen sollen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Transformation unserer Wirtschaft bleiben dafür zentrale Voraussetzungen. Gleichzeitig müssen weitere Instrumente, wie in diesem Papier vorgeschlagen, offen und sachlich diskutiert werden, um Klimaschutz ambitioniert, international abgestimmt und wirtschaftlich tragfähig zu gestalten.

Unser Ziel ist es, die Energie- und Klimapolitik so weiterzuentwickeln, dass Deutschland klimaneutral wird, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichert und die gesellschaftliche Unterstützung für die Transformation stärkt. Die DIHK versteht sich dabei als konstruktiver Partner für ambitionierten Klimaschutz, der wirkt und wirtschaftlich bestehen kann.

Vor dem Hintergrund eines breiten Meinungsspektrums in der Wirtschaft macht die DIHK folgende Vorschläge:

Klimaschutz international stärken, internationale Klimaschutzzertifikate nutzen

- Die Bundesregierung ist gefordert, gemeinsam mit den europäischen Partnerländern andere Staaten zu schnellerem Klimaschutz zu bewegen, z. B. durch Verknüpfungen von Emissionshandelssystemen. So lassen sich Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen begrenzen, Wachstumsmöglichkeiten für Cleantech-Betriebe steigern und Kosten des Klimawandels global senken.
- Die EU-Kommission ist auf dem Weg, die Emissionshandelspfade zu strecken und Mehremissionen gegenüber dem Status quo aufgrund der Wettbewerbssituation zu ermöglichen - nicht zuletzt durch den Beschluss, internationale Klimaschutzzertifikate ab 2036 zuzulassen. Die Bundesregierung sollte sich für diesen Prozess einsetzen und in der EU für eine noch schnellere Anerkennung internationaler Zertifikate und deren Integration in die Emissionshandelssysteme werben. Hintergrund ist, dass die Entwicklung neuer Infrastrukturen für Strom, Wasserstoff und CO₂ länger dauert und die Energiekosten für die allermeisten Betriebe gegenüber dem Status quo steigen. Für den Übergang zur Klimaneutralität benötigen die Unternehmen daher Zeit.
- Internationale Klimaschutzprojekte können ein Hebel sein, um Emissionen global mit hoher ökologischer Wirkung, aber auch ökonomisch effizient zu senken. Unternehmen sollten aus solchen

Projekten Zertifikate analog zu freien Zuteilungen im Emissionshandel oder Gutschriften erhalten, die sie für die eigene Transformation anrechnen oder mit denen sie handeln können. Dadurch kann zusätzliches privates Kapital für den internationalen Klimaschutz aktiviert werden. Durch Investitionen in internationale Projekte können Technologien sowie Know-how exportiert und verbreitet werden.

Emissionshandelssysteme ausbauen und verknüpfen

- Die deutsche Wirtschaft befürwortet mit ganz überwiegender Mehrheit den Start des zweiten europäischen Emissionshandels für Wärme und Verkehr im Jahr 2028, weil dadurch europaweit gleiche Wettbewerbsbedingungen hergestellt und alle Sektoren Anreize zur Transformation bekommen. Eine weitere Verschiebung des Starts würde den Klimaschutz auf europäischer Ebene verlangsamen und Chancen für die deutsche Cleantech-Branche schmälern. Die Bundesregierung sollte sich daher gegenüber den anderen Mitgliedstaaten für dieses Instrument einsetzen.
- Immer mehr Länder führen eigene CO₂-Handelssysteme ein. Die EU sollte zur Angleichung der Systeme beitragen oder zumindest eine gegenseitige Anrechenbarkeit von CO₂-Abgaben ermöglichen. Dadurch würden der internationale Klimaschutz verstärkt und Wettbewerbsnachteile europäischer Unternehmen vermindert.

Unternehmen so lange wie nötig schützen

- Die nationale und europäische Klimaschutzpolitik verfehlt ihr Ziel teilweise deshalb, weil sie zur Verlagerung von Wertschöpfungsketten ins Ausland führt. Das schadet nicht nur dem Standort Deutschland und erhöht Importbedarfe und -abhängigkeiten. Diese Entwicklung führt auch zu einem Anstieg der globalen Emissionen, da eine Abwanderung von Produktion in Länder mit geringeren Umwelt- und Klimaschutzauflagen erfolgt (Carbon Leakage). Ausgleichsmaßnahmen (Kompensationen, freie Zuteilungen) können dies verhindern. Sie sollten so lange erfolgen, bis die Gefahr nicht mehr besteht. Für den 2028 startenden zweiten europäischen Emissionshandel fehlt ein solcher Schutz. Die EU muss hier schnell Abhilfe schaffen.

Aufbau einer Kreislaufwirtschaft für den Erfolg der Energiewende notwendig

- Die Transformation des Energiesystems braucht Rohstoffe. Neue Technologien erfordern Materialien, wie z. B. Kupfer, Cobalt oder Platin, die nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil für ein zukunftsfähiges Energiesystem; ihre Knappheit und ihre Kosten können das Erreichen der Klimaneutralität gefährden. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Transformation des Energiesystems führen einerseits zu weniger Importen von Energierohstoffen und senken damit Abhängigkeiten. Gleichzeitig erhöhen sich Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen. Daher sind eine stärkere Nutzung heimischer Ressourcen sowie die Stärkung der Kreislaufwirtschaft notwendige Voraussetzungen für einen resilienten, erfolgreichen Weg zur Klimaneutralität.
- Zu einer Stärkung der Kreislaufwirtschaft gehören einfache und international abgestimmte Qualitätsstandards für Sekundärrohstoffe und die Beschleunigung von Planungs- und

Genehmigungsverfahren zum Aufbau von Recyclingkapazitäten. Carbon Capture and Utilization (CCU) sollte im Rahmen der Kreislaufwirtschaft einbezogen werden, um die Entwicklung von Geschäftsmodellen zur Nutzung von CO₂ als Rohstoff und Produkt zu ermöglichen. Aktuell wird CCU nur bei einer langfristigen CO₂-Bindung von über 100 Jahren anerkannt, was die Transformation im Übergangszeitraum hemmt.

Belastungen abbauen, Elektrifizierung ermöglichen

- Die Cleantech-Unternehmen sind wie alle Branchen auf gute Rahmenbedingungen am Standort Deutschland angewiesen, um wachsen zu können. Dazu gehören wettbewerbsfähige Energiepreise und Lohnnebenkosten, schnelle Genehmigungen, gut ausgebildete Fachkräfte sowie wenig Bürokratie und Steuern. Selbst bei einem „Weiter so“ auf dem eingeschlagenen Energiewendepfad, für den sich viele Betriebe dieser Branchen aussprechen, würde deren Wachstum ohne Verbesserungen der allgemeinen Standortfaktoren massiv gebremst. Daher setzt sich die DIHK für Verbesserungen der Rahmenbedingungen insgesamt ein.
- Für viele Unternehmen ist die Elektrifizierung der einzig mögliche Weg, um betriebliche Klimaneutralität zu erreichen. Unternehmen treffen dabei auf zwei zentrale Hindernisse: Die Strompreise sind hoch und auf neue Stromnetzanschlüsse muss viele Jahre gewartet werden. Die Bundesregierung ist aufgerufen, weitere Schritte zur Strompreissenkung zu unternehmen sowie einheitliche Regeln und Fristen für Stromnetzanschlüsse zu schaffen. Die Senkung der Strompreise für alle Unternehmen gehört dazu.

Steuerung und Monitoring beim Klimaschutz besser aufstellen

- Eine stärkere Kohärenz politischer Entscheidungen vertikal zwischen den politischen Ebenen und horizontal auf Bundesebene senkt die Kosten der Energie- und Klimapolitik für die Unternehmen. Um die Kohärenz auf Bundesebene zu verbessern, sollte ein Koordinierungsgremium Entscheidungen der Bundesregierung vorbereiten und die Umsetzung begleiten. Dafür wäre es sinnvoll, beim Kanzleramt einen Staatssekretärsausschuss mit Vertreterinnen und Vertretern aller beteiligten Ministerien einzurichten.
- Eine stärkere Koordinierung ist vor allem auch im Hinblick auf die deutschen Interessen bei EU-Entscheidungen dringend notwendig. Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene stärker für einen Abbau von Regulierung und Berichtspflichten einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.
- Für die Weiterentwicklung der Klima- und Energiepolitik ist ein umfassendes und unabhängiges Monitoring erforderlich. Die Monitoringinstrumente sollten durch den Vergleich von Strom-, Gas- und Wasserstoffpreisen mit europäischen Wettbewerbern und die Erfassung der Gesamtsystemkosten des nationalen Energiesystems erweitert werden. Eine institutionell unabhängige Anbindung, beispielsweise an den Bundesrechnungshof, würde Transparenz und Wirksamkeit zusätzlich erhöhen. Zudem sollte das Monitoring stärker als bisher auf die Zukunft mit ihren Herausforderungen gerichtet sein.